

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Tobias Schulze (LINKE)

vom 11. Dezember 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Dezember 2023)

zum Thema:

Novellierung der Gesundheitsdienst-Zuständigkeitsverordnung (GDZustVO)

und **Antwort** vom 21. Dezember 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Dez. 2023)

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege

Herrn Abgeordneten Tobias Schulze (Die Linke)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/17579

vom 11. Dezember 2023

über Novellierung der Gesundheitsdienst-Zuständigkeitsverordnung (GDZustVO)

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten:

§ 1 der Gesundheitsdienst-Zuständigkeitsverordnung (GDZustVO) regelt, welche Bezirke die Aufgaben des Sozialmedizinischen Dienstes und die Aufgaben der Beratungsstelle für sexuell übertragbare Krankheiten sowie Aids unter der Bezeichnung „Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung“ für alle Bezirke wahrnehmen. Derzeit sind das die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Marzahn-Hellersdorf, Mitte und Steglitz-Zehlendorf. Trotz starker Veränderungen der Bevölkerungsstruktur durch Bevölkerungswanderung und demographischer Entwicklung wurde seit 2007 keine Novellierung der GDZustVO vorgenommen.

1. Welche Daten zur Auslastung und ggf. zur Einschränkung des Dienstbetriebs der Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung liegen dem Senat für die fünf genannten Bezirke vor?

Zu 1.:

Am Standort Friedrichshain-Kreuzberg kam es in den letzten sechs Monaten zu einer Reduzierung der Sprechstunden durch einen Personalengpass im Bereich der Medizinischen Fachangestellten sowie durch einen hohen Krankenstand in allen anderen Berufsgruppen. Am Standort Mitte ist es in den letzten sechs Monaten trotz Schwierigkeiten, wie z.B. Personalmangel oder Krankheitsausfälle, gelungen, die Terminbuchungen und damit den Publikumsverkehr aufrechtzuhalten.

Am Standort Charlottenburg-Wilmersdorf konnte seit April 2023 nur die Hälfte der eigentlich vorgesehenen ärztlichen Termine im Bereich STI/HIV angeboten werden, da aufgrund einer Entscheidung des Bezirksamts eine ärztliche Stelle nicht nachbesetzt werden konnte. Zeitweise konnte urlaubsbedingt keine STI-Sprechstunde erfolgen. In den anderen Arbeitsbereichen des Zentrums gab es keine Einschränkungen.

Am Standort Marzahn-Hellersdorf gab es in den letzten sechs Monaten Einschränkungen bei Terminbuchungen, da insbesondere im Bereich Sozialarbeit ein hoher Anteil der vorhandenen Stellen nicht besetzt ist.

Für den Standort Steglitz-Zehlendorf liegen dem Senat keine Informationen über Einschränkungen des Dienstbetriebs vor.

2. Hält der Senat die aktuell vorhandenen fünf Standorte für ausreichend, um den Bedarf nach einschlägiger Beratung und Versorgung in allen Bezirken ausreichend zu decken?
3. Plant der Senat eine Anpassung der GDZustVO hinsichtlich der Ausweitung der Standorte für Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung auf Grundlage aktueller Bevölkerungsdaten der Bezirke?
4. Gibt es insbesondere für den Bezirk Treptow-Köpenick angesichts der stark steigenden Bevölkerungszahl Bestrebungen, die Einrichtung eines Zentrums für sexuelle Gesundheit und Familienplanung zu ermöglichen?

Zu 2. bis 4.:

Die Fragen 2. bis 4. werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet. Dem Senat liegt derzeit keine übergreifende Bedarfsanalyse vor, aus der sich Aussagen über die Notwendigkeit einer bezirklichen Ausweitung des Zentrums für sexuelle Gesundheit und Familienplanung ableiten ließen.

Allerdings plant der Senat ab dem Jahr 2024, die Organisationsstruktur des Öffentlichen Gesundheitsdienstes einschließlich der regionalen Zentren zu evaluieren. Diese Ergebnisse sind abzuwarten.

Berlin, den 21. Dezember 2023

In Vertretung
Ellen Haußdörfer
Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege